

# „Das ist eine Schande“

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Flüchtlingspolitik der Regierung.

**Wien** – Scharf kritisiert die Liga für Menschenrechte die Flüchtlingspolitik der Regierung. Es sei „eine Schande, wir müssen uns dafür genieren“, befindet Präsidentin Barbara Helige angesichts der Tatsache, dass sich Österreich nicht an der EU-Initiative zur Aufnahme besonders schutzwürdiger afghanischer Menschen beteiligt. Ex-LIF-Chefin Heide Schmidt pochte bei der Präsentation des Menschenrechtsbefundes auf Maßnahmen gegen Korruption.

15 EU-Länder wollen rund 40.000 besonders schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufnehmen. Österreich wird sich daran nicht beteiligen; das ist gestern, am „Tag der Menschenrechte“, bekannt geworden. Für Helige ist dies ein Grund mehr, die türkis-grünen Koalitionäre aufzufordern, in ihren Gesetzen dem Geist der Europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen – „und die Genfer Flüchtlingskonvention ernst zu nehmen“. Auch Schmidt „schämt“ sich für die mangelnde Solidarität mit von den Taliban bedrohten afghanischen Frauen:



Seit 20 Jahren gibt es den „Briefmarathon“ von Amnesty International.

Foto: imago

„Es beschädigt die Zuneigung zu meinem Land, zu sehen, wie hier mit Menschenrechten umgegangen wird“, urteilt sie.

Der neue Innenminister Gerhard Karner verfolgt den Kurs

seines Vorgängers und jetzigen Kanzlers Karl Nehammer (beide ÖVP), der sich stets gegen weitere Aufnahmen von Menschen aus Afghanistan aussprach. Im EU-Vergleich leiste Österreich bereits aktuell einen überproportional großen Beitrag, „eine Teilnahme am Resettlement ist in Anbetracht dieser Ausgangslage ausgeschlossen“, hieß es in einem Statement von Karner.

Hilfsorganisationen erinnern an weltweite Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan. Amnesty International ruft dazu auf, sich für Freiheit und Gerechtigkeit für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Seit 2001 habe die „Briefmarathon“-Kampagne das Leben von mehr als 100 bedrohten Menschen verändert, beigetragen, sie vor Folter zu schützen oder aus rechtswidriger Haft zu befreien, teilt Amnesty mit. (APA, TT)